

März 2022

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Geeint in der Krise – Zeitenwende mit Strategischem Kompass

Ratsgipfel am 24./25. März 2022

Dr. Hardy Ostry, Jana Bernhardt, Anton Degenfeld, Kai Gläser, Lena Kromm, Lukas Wick, Isabell Wiesner

Am Ende eines beeindruckenden Gipfel-Marathons, der nahezu alle Staats- und Regierungschefs der westlichen Welt in Brüssel versammelte, tagten die Mitglieder des Europäischen Rates am Donnerstag und Freitag. Im zeitweisen Beisein von US-Präsident Joe Biden stand dabei ebenfalls der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie die Reaktionen der EU und der USA im Fokus. Die Verringerung der Abhängigkeit von russischen Rohstoffimporten spielte in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Des Weiteren debattierten die EU-27 die infolge des Krieges stark angestiegenen Energiepreise und erzielten nach langwierigen Verhandlungen einen Kompromiss. Alle weiteren Themen spielten vor dem Hintergrund der fortgesetzten russischen Aggression eine untergeordnete Rolle.

Situation in der Ukraine

Hintergrund

Auf die völkerrechtswidrige russische Invasion in die Ukraine hatte die westliche Staatengemeinschaft mit harten, nie da gewesenen Sanktionen geantwortet. In Reaktion auf die Anerkennung der Unabhängigkeit der Gebiete Donezk und Luhansk erließ die EU zwei Tage vor Kriegsbeginn ein erstes Sanktionspaket, welches in den vergangenen vier Wochen um ein zweites, drittes und viertes Paket ergänzt wurde. Die Maßnahmen reichen von Sanktionen gegen Finanzinstitute über Strafmaßnahmen gegen in die Ukraine-Invasion involvierte Akteure bis hin zu Ausfuhrverboten und Luftraumsperrungen.

Auf dem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Versailles am 10. und 11. März 2022 hatte der Hohe Vertreter der EU für Außen-

und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, angekündigt, die Mittel für Waffenlieferungen an die Ukraine auf insgesamt eine Milliarde Euro erhöhen zu wollen. Einen Tag vor dem Beginn des Gipfels in Brüssel bewilligten die EU-27 schließlich die von Borrell zwei Wochen zuvor angekündigte Ausweitung der militärischen Hilfe für die Ukraine.

Die Invasion Russlands in sein Nachbarland erschüttert weiterhin die Welt, die jahrzehntelang für stabil geglaubte Sicherheitsarchitektur Europas ist verworfen. Täglich sind drastische Bilder von Zerstörung und menschlichem Leid zu sehen. Neben der Bombardierung militärischer Anlagen scheint die zivile Infrastruktur durch gezielten Artillerie- und Raketenbeschuss immer mehr ins Visier der russischen Streitkräfte zu geraten.

Seit der Invasion der Ukraine steigt die Zahl der Kriegsgeflüchteten rasant an. Angesichts der sich verschlechternden humanitären Lage in der Ukraine hat der Rat am 4. März auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags einen Durchführungsbeschluss zur Aktivierung des vorübergehenden Schutzes im Rahmen der so genannten Massenzustrom-Richtlinie angenommen, wonach ukrainischen Geflüchteten unbürokratisch eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis und damit neben dem Aufenthaltsrecht auch Zugang zum Arbeitsmarkt, zur Gesundheitsversorgung und zu Sozialleistungen gewährt wird.

Obwohl die politischen Entscheidungsträger in Brüssel schnell politische und finanzielle Unterstützung angeboten haben, stehen die Mitgliedsstaaten und vor allem die unmittelbaren Nachbarn der Ukraine derzeit vor großen logistischen Herausforderungen. Allen voran Polen, das mit über zwei Millionen Menschen mit Abstand die meisten ukrainischen Geflüchteten

aufgenommen hat. Aus Warschau folgte daher die Forderung nach weiteren finanziellen Mitteln aus dem gemeinsamen Haushalt der EU, um so Unterstützung bei der Aufnahme und Versorgung der Hilfesuchenden zu erhalten.

Entwicklung

Exakt vier Wochen nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine kamen Vertreterinnen und Vertreter von EU, NATO und G7 in Belgiens Hauptstadt zusammen, um über den Krieg in der Ukraine zu beraten. Das reguläre Gipfeltreffen der EU-27 fand erstmalig im Beisein von US-Präsident Joe Biden statt. Dieser hatte nur wenige Stunden zuvor bereits dem NATO-Sondergipfel sowie dem Treffen der G7 in Brüssel beigewohnt und nahm als Gast am ersten Tagungstag des EU-Ratstreffens der Staats- und Regierungschefs teil, um eine gemeinsame und einheitliche Reaktion der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten auf die militärische Aggression Russlands zu koordinieren. Per Live-Übertragung wurde zudem der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj zugeschaltet, der ein Lagebild zeichnete. „Wir haben einmal mehr eine Lektion in Sachen Mut von einem [Regierungschef] erhalten, der für die Freiheit seines Volkes kämpft“, fasste EU-Ratspräsident Charles Michel die Ansprache später zusammen.

Zu den wichtigsten Tagesordnungspunkten zählten – neben Beratungen zur Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit – die weitere Abstimmung zur Sanktionsregelung. Um eine Angleichung an die Maßnahmen der EU und der Verbündeten sowie Partner zu erreichen, belegten die Vereinigten Staaten mehr als 400 weitere Personen und Organisationen mit Sanktionen. Zudem solle eine Initiative zur Überwachung der vollständigen Umsetzung der Sanktionsmaßnahmen und zur Koordinierung der Maßnahmen umgesetzt werden, heißt es in der gemeinsamen Erklärung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und US-Präsident Biden. Um russische Möglichkeiten zur Fortsetzung der Aggressionen wirksam zu vereiteln, ruft der Rat alle Staaten auf, sich den Sanktionen anzuschließen.

Die in Brüssel zusammengekommenen Staats- und Regierungschefs verurteilten erneut den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die damit einhergehende grobe Verletzung des Völkerrechts. Angriffe auf die Zivilbevölkerung, gezielte Bombardierungen von Krankenhäusern, medizinischen Einrichtungen, Schulen und Schutzunterkünften wurden als Kriegsverbrechen bezeichnet, die sofort beendet werden müssten. Mit der Qualifizierung als Kriegsverbrechen wurden entsprechende Handlungen der

Russen als Schwere Vorstöße gegen das in internationalen bewaffneten Konflikten anwendbare Völkerrecht qualifiziert. Unverzüglich und bedingungslos seien alle Streitkräfte und Militärausrüstung aus dem gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine abzuziehen und die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen uneingeschränkt zu achten. Dass Russland Zugang zu humanitärer Hilfe verweigert, wurde als inakzeptabel bezeichnet. „Die Verantwortlichen und ihre Mithelfer werden nach dem Völkerrecht zur Rechenschaft gezogen werden“ heißt es im Wortlaut in der gemeinsamen Erklärung. Weiterhin lobten die Staats- und Regierungschefs alle bisherigen Bemühungen, Geflüchtete aufzunehmen und zu schützen, insbesondere die der an die Ukraine angrenzenden Mitgliedsstaaten. Der Rat appelliert an die EU-Länder, ihre Anstrengungen im Zeichen der Solidarität fortzusetzen. Weiterhin wird die Kommission aufgefordert, ihre Arbeit an den Vorschlägen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten schnellstmöglich abzuschließen, sodass Länder, die Geflüchtete aufnehmen sowie die Hilfesuchenden selbst, finanzielle Unterstützung erhalten.

Kommentar

Offiziell hat die US-Regierung am 23. März bekanntgegeben, dass sie auf Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen zu der Einschätzung gelangt sei, dass Mitglieder der russischen Streitkräfte in der Ukraine Kriegsverbrechen begangen hätten. Der Rat folgte dieser Ansicht, in der Abschlusserklärung der EU-27 wurde erstmals der Begriff „Kriegsverbrechen“ verwendet, der zwei Wochen zuvor auf dem Versailler Sondergipfel noch vermieden wurde.

Der Ukraine-Krieg eint den Westen. Der Besuch des US-Präsidenten Joe Biden in Brüssel, seine Teilnahme am Sondergipfel der NATO, dem Treffen der G7-Länder sowie dem regulären EU-Ratsgipfel hat vor allem eines: Symbolcharakter. „Die NATO war noch nie so geeint wie heute“, so der amerikanische Präsident während seines 12-stündigen Aufenthaltes in Belgien. Die gleiche Geschlossenheit sei mit der EU und der Gruppe der sieben führenden Industrienationen (G7) erzielt worden, wodurch Wladimir Putin mit dem Einmarsch in die Ukraine genau das Gegenteil dessen erreicht habe, was er erreichen wollte, ist sich der 46. Präsident der Vereinigten Staaten sicher.

Auch in sich ist die EU als Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine zusammengerückt. Da viele osteuropäische Staaten, insbesondere Polen, in der aktuellen Lage Millionen von Geflüchteten aufnehmen, scheinen die vorherigen Differenzen zwischen Brüssel und Warschau in Bezug auf den Konditionalitätsmechanismus wenn

nicht in Vergessenheit, so doch in den Hintergrund getreten zu sein. Auch Polens Widerstand gegen die Verteilung von Geflüchteten infolge der Migrationskrise im Jahr 2015 rückt durch die Solidarität mit den ukrainischen Geflüchteten in den Hintergrund. Während Brüssel Polen den Zugang zu finanziellen Mitteln aus dem EU-Haushalt auf Grund mangelnder Rechtsstaatlichkeit verwehren wollte, so könnte die gegenwärtige Situation zu einem Richtungswechsel führen.

Sicherheit - und Verteidigung

Hintergrund

“Die Rückkehr des Krieges in Europa und die großen geopolitischen Veränderungen stellen unsere Fähigkeit in Frage, unsere Vision zu fördern und unsere Interessen zu verteidigen“, hält der Strategische Kompass (folgend auch SK) im *Executive Summary* fest.

Der Aktionsplan zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU wurde am vergangenen Montag durch die Verteidigungs- und Außenminister der EU bei ihrem Treffen in Brüssel angenommen. In der zweiten Jahreshälfte 2020 vonseiten der deutschen Ratspräsidentschaft lanciert, musste sich der Entwurf bis zum Treffen der Außen- und Verteidigungsminister der EU zahlreichen Änderungen unterziehen. Insbesondere infolge der jüngsten Ereignisse des Krieges in der Ukraine waren manche Inhalte und Formulierungen des Papiers noch zu konkretisieren und zu schärfen.

Vor allem die Rückkehr des Krieges und damit dem Aufleben von Machtpolitik in Europa, aber auch der strategische Wettbewerb und die komplexen Sicherheitsbedrohungen lassen eine neue und bedrohliche sicherheitspolitische Lage in Europa entstehen. Die Europäische Union sieht sich mit zunehmenden Versuchen wirtschaftlicher und energiepolitischer Nötigung konfrontiert. Dringend nötig sind daher die Stärkung der Widerstandsfähigkeit, ein besseres Krisenmanagement und schnellere Handlungsfähigkeit. Das bedrohliche Ausmaß von Konflikten und Instabilitäten wird durch den Klimawandel nur weiter multipliziert.

Das Fiasko des seitens der USA eingeleiteten Truppenabzuges aus Afghanistan im vergangenen August machte die Machtlosigkeit der EU evident und betonte einmal mehr ihre militärische Abhängigkeit von der NATO und damit den USA. Die EU musste in der Folge nicht nur die Verlässlichkeit ihres beständigen transatlantischen Partners in der Krise, sondern auch ihre eigene Resilienz und Reaktionsfähigkeit neu austarieren.

Entwicklung

Auf dem Ratsgipfel wurde der bereits angenommene Strategische Kompass nun auch von den Staats- und Regierungschefs der EU gebilligt. Der auf zweieinhalb Jahre wiedergewählte Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel äußerte in seinem Eingangsstatement im Europagebäude, der Krieg in der Ukraine zeige einmal mehr, dass über europäische Verteidigung gesprochen werden müsse. Es bedürfe Handeln, um sicherzustellen, dass die Fähigkeiten der Europäischen Union im Dienste des Friedens, der Sicherheit und europäischer Grundwerte gestärkt würden.

In den Schlussfolgerungen des Rates heißt es, der Kompass würde es sich zur Aufgabe machen, die strategischen Leitlinien für das nächste Jahrzehnt vorzugeben und ein kohärentes Bündel von Maßnahmen, Mitteln und Wegen sowie klaren Zielen festzulegen, die für diesen neuen Impuls unerlässlich seien. Der Aktionsplan solle der EU in Krisensituationen zu schnellem und entschlossenem Handeln verhelfen. Zudem solle er Bedrohungen besser antizipieren und abfedern sowie Investitionen und Innovationen zur Entwicklung erforderlicher Fähigkeiten und Technologien fördern. Der Europäische Rat ersucht den Ministerrat, die Arbeiten zur Umsetzung des Kompasses gemäß seinem Zeitplan unverzüglich voranzutreiben und würde die Umsetzung, die Entwicklungen sowie Fortschritte in Sicherheit und Verteidigung regelmäßig bewerten und wo nötig, neue Leitlinien vorgeben.

Eine Analyse, die von der Kommission in Abstimmung mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) bis Mitte Mai erstellt werden soll, ziele darauf ab, Investitionslücken in der Verteidigung zu schließen und Vorschläge für weitere Initiativen zu bieten, die zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis der europäischen Verteidigung erforderlich seien, um die europäische Widerstandsfähigkeit zu stärken. Der Schwerpunkt liege dabei auf den festgestellten strategischen Defiziten. Um die Verteidigungsfähigkeiten der EU und der Mitgliedsstaaten zu stärken, solle das gesamte Potenzial der Finanzierungsinstrumente und Initiativen der EU genutzt werden, insbesondere der Europäischen Verteidigungsfonds und die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO).

Kommentar

Die Europäische Union sei geeinter denn je und fest entschlossen, die europäische Sicherheitsordnung zu verteidigen, eröffnet das Papier zu Beginn in selbstbewusster Manier. Das Papier zum SK identifiziert Putins Angriffskrieg auf die Ukraine als direkten Angriff auf die Europäische Sicherheitsordnung. Das Anwachsen des Doku-

ments von 28 auf 42 Seiten macht deutlich, inwieweit der Krieg den politischen Willen zur Handlung weiter befeuert.

Josep Borrell erklärte, mit dem SK seien keine Bestrebungen verbunden, eine europäische Armee zu schaffen. Jeder Mitgliedsstaat verfüge über seine eigene Armee. Jedoch müsse enger zusammengearbeitet und Ausgaben besser koordiniert werden. Die EU müsse in der Lage sein, schneller und besser zu reagieren, so der Außenbeauftragte weiter. Der Strategische Kompass will sich den sicherheitspolitischen Baustellen der EU annehmen. Das Krisenmanagement, die Resilienz, die Entwicklung von Fähigkeiten und Partnerschaften sollen gestärkt werden.

In beinahe militärischem Befehlston leiten diese kleinen, dennoch einprägsamen Worte act, secure, partner und invest durch das Dokument des Strategischen Kompasses und unterstreichen damit die Ambitionen der Autoren. Euphorie und die Erwartungshaltung gegenüber dem Kompass sollten dennoch in achtsamer Weise dosiert werden. Denn der SK wäre nicht der erste Versuch in der europäischen Integrationsgeschichte, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Staatenverbundes zu stärken. Wengleich der Kompass vielversprechend scheint, so wird sich zeigen, ob er sich tatsächlich als Meilenstein in der europäischen Verteidigungsgeschichte entpuppen kann. Die Richtung des Kompasses bleibt zunächst ungewiss. Abzuwarten bleibt, ob seine Nadel in Richtung Handlungsfähigkeit und Resilienz oder in Richtung Zerfaserung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU deuten wird.

Energie

Hintergrund

Die Frage nach dem Umgang mit Europas Energieimporten aus Russland sowie den radikal steigenden Energiepreisen beherrscht seit Beginn des Krieges die politische Agenda der Staats- und Regierungschefs der EU. Um auf die aktuelle Lage zu reagieren, hat die Kommission bereits am 8. März 2022 ihren REPowerEU-Plan vorgestellt, mit dem Europa bis 2030 von fossilen Brennstoffen aus Russland, insbesondere Gas, unabhängig gemacht werden soll. Durch den Plan, der eine Reihe von Maßnahmen enthält, um die steigenden Energiepreise in Europa zu senken und die Gasvorräte für den nächsten Winter zu sichern, erhofft sich die Kommission, die Nachfrage der EU nach russischem Gas bis Ende des Jahres um zwei Drittel zu verringern. Die Vorhaben der Kommission wurden bereits bei der informellen Tagung der Staats- und Regierungschefs in Versailles am 10. und 11. März diskutiert und das Ziel, die Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle aus Russland

so bald wie möglich zu beenden, in den Schlussfolgerungen festgehalten.

Divergenzen über den Zeitpunkt des Ausstiegs aus den russischen Energieträgern herrschen zwischen manchen Mitgliedsstaaten weiter vor. Dies ist mitunter auf verschiedene Grade der Abhängigkeit von russischem Gas sowie die Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen eines Embargos zurückzuführen. Bundeskanzler Olaf Scholz hält diesen Schritt für überstürzt und befürchtet, ein sofortiger Importstopp würde zu einer wirtschaftlichen Rezession in Deutschland und ganz Europa führen.

Neben Meinungsverschiedenheiten bezüglich eines Energie-Embargos setzen auch nationale Alleingänge die Einigkeit der EU in der Energiekrise aufs Spiel. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte sich am Mittwoch mit Katars Minister für Handel und Industrie getroffen, um über zusätzliche Gaslieferungen zu beraten, was von anderen Mitgliedsstaaten als Verstoß gegen die europäische Solidarität gewertet wurde. Besonders Italien, Spanien, Portugal und Griechenland setzen sich für ein gemeinsames Vorgehen bei der Energiebeschaffung sowie eine Preisobergrenze beim Gasimport ein. Spanien hatte im Vorfeld des Gipfels bekannt gegeben, die Resolutionen blockieren zu wollen, sollten diese keine konkreten Lösungen für die Energiepreis-Krise beinhalten. Am 23. März stellte die Kommission ein Papier zur Abfederung der Energiepreise und zur Sicherung der Energieversorgung vor, in dem sie die Risiken für staatlichen Energieeinkauf und Preisobergrenzen aufzeigt. Ebenso präsentierte sie einen Verordnungsvorschlag, der Betreiber von Gasspeichern dazu verpflichtet, diese im kommenden Winter zu mindestens 80 Prozent gefüllt zu haben, um so Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten.

Des Weiteren hatte die Ankündigung Putins, dass so genannte „unfreundliche“ Länder – darunter die EU-Länder sowie die Vereinigten Staaten – russische Gasimporte künftig in Rubel bezahlen müssten, europaweit für Verwirrung gesorgt. Dieser Schritt Putins wurde als Versuch gewertet, Russlands fallende Währung zu stützen und den Westen dazu zu zwingen, seine selbst verhängten Sanktionen zu brechen. Kanzler Scholz hatte dieser Forderung jedoch nach dem G7-Gipfel eine Absage erteilt. Während bereits im Vorfeld des Gipfels die Meinungen der Staats- und Regierungschefs über einen bestmöglichen Ausweg aus der aktuellen Krise auseinander gingen, hielt der französische Präsident Emmanuel Macron sich bisher zurück. Da Frankreich stark auf Atomenergie setzt und der Anteil von Gas aus Russland vergleichsweise gering ist, bemüht sich das Land als derzeitiger

Inhaber der EU-Ratspräsidentschaft in erster Linie um einen Kompromiss unter den Mitgliedsstaaten.

Entwicklung

Wie zu erwarten, sorgte das Thema Energie für hitzige Diskussionen und dominierte den zweiten Tag des Gipfeltreffens. Am Freitagmorgen verkündeten Joe Biden und Ursula von der Leyen eine Vereinbarung zur Energiepartnerschaft zwischen der EU und den USA. Diese beinhaltet konkret festgelegte zusätzliche Lieferungen von LNG (Flüssiggas) nach Europa, um Gaslieferungen aus Russland zu ersetzen. Wenngleich die Kommissionspräsidentin von einem „neuen Kapitel“ und einem Ende der Erpressbarkeit der EU durch russische Gasabhängigkeit spricht, ersetzt das zusätzliche LNG aus den USA nur einen Bruchteil der russischen Gaslieferungen (ca. zehn Prozent). Dennoch könnte dies ein klares Signal und ein erster Schritt aus der Schlinge der russischen Energieimporte sein.

Unter den EU-27 sorgte unter anderem der Wunsch einiger Mitgliedsstaaten nach einem härteren Vorgehen gegen Russland für Uneinigkeit. Polen, die baltischen Staaten und Slowenien bestehen auf die Einführung weiterer Sanktionen in Form eines sofortigen Energie-Embargos. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki bedauerte, dass manche Länder – darunter Deutschland – die Niederlande und Ungarn diesem Schritt nach wie vor im Wege stünden. Die Staats- und Regierungschefs von Deutschland, Österreich und Luxemburg berufen sich auf die bisher beschlossenen Sanktionen und schlagen ein schrittweises Vorgehen vor.

Wie bereits vor dem Treffen der EU-Spitzen bekannt, forderte eine Gruppe von südeuropäischen Ländern unter der Führung von Spanien kurzfristige Lösungen, um die steigenden Strompreise einzudämmen. Darunter fallen eine europaweite gemeinsame Gasbeschaffung, eine Festlegung von Preisobergrenzen für Gas und Strom und eine Reform des EU-Energiemarkts. Belgien und Polen unterstützen diese Forderungen teilweise. Länder wie Deutschland und die Niederlande lehnen derartige Eingriffe in die Funktionsweise des Markts allerdings vehement ab und wollen sich stattdessen auf eine Abfederung der Auswirkungen der hohen Preise auf Verbraucher und Unternehmen sowie den Ausbau von erneuerbaren Energien im Rahmen des Fit-for-55-Pakets fokussieren. Auf Grund der Spaltung in diese zwei Lager fiel die Einigung auf einen gemeinsamen Text schwer und die Suche nach einem Kompromiss, der alle Änderungsanträge der einzelnen Länder berücksichtigt, zog sich bis in die Abendstunden.

In den endgültigen Schlussfolgerungen des Rats werden, verglichen zu der Erklärung von Versailles, die Folgen des Preisanstiegs und dessen Milderung für Bürgerinnen und Bürger stärker thematisiert. So wurde die Kommission beauftragt, unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten zu prüfen, inwieweit kurzfristige Instrumente zur Unterstützung der Haushalte, darunter Gutscheine, Steuernachlässe, staatliche Beihilfen und Preisobergrenzen, zu einer Senkung beitragen würden. Darüber hinaus sollen die Vorschläge der Kommission zur Gasspeicherpolitik der EU vom Rat geprüft werden, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Mit Blick auf den nächsten Winter sollen sowohl die Kommission als auch die Mitgliedsstaaten bei der freiwilligen gemeinsamen Beschaffung von Gas, LNG und Wasserstoff zusammenarbeiten und dabei das kollektive politische und marktwirtschaftliche Gewicht der EU optimal nutzen, um die Preise in den Verhandlungen zu dämpfen. Mit Blick auf mögliche Markteingriffe sehen die Beschlüsse eine Überprüfung der Kommission bis Mai dieses Jahres vor, wie der Elektrizitätsbinnenmarkt und der Kohlenstoffmarkt optimiert werden können.

Kommentar

Die Dauer der Verhandlungen und die Schwierigkeit, einen für alle Mitgliedsstaaten akzeptablen Kompromiss zu finden, spiegeln die Komplexität einer europäischen Antwort auf die Energie-Krise wider. Angesichts der unterschiedlichen nationalen Gegebenheiten, wie dem Energiemix und des Marktdesigns, ist ein einheitliches Handeln mit dem Ziel, die hohen Strompreise zu senken, fast unmöglich. Aus diesem Grund haben die Staats- und Regierungschefs einer „Sonderbehandlung“ für Spanien und Portugal zugestimmt, da die iberische Halbinsel aufgrund ihrer geografischen Lage eine besondere Stellung habe, so Ursula von der Leyen bei der abschließenden Pressekonferenz. Spanien und Portugal werden demnach in der kommenden Woche nationale Maßnahmen zur Bekämpfung der hohen Energiepreise vorlegen, um sich besser in den europäischen Energiemarkt zu integrieren. Wie kurzfristig die beschlossenen Maßnahmen wirken, um Haushalte und Unternehmen zu entlasten, bleibt abzuwarten. Die Kommission ist nun unter Druck, Maßnahmen zur Preissenkung vorzuschlagen, die gleichzeitig die Integrität des Binnenmarkts wahren, sowie bis Ende Mai einen Plan auszuarbeiten, mit dem die EU ihre Abhängigkeit von fossilen Energien aus Russland so bald wie möglich beenden kann.

Wirtschaft & Sonstiges

Aufgrund der zeitlichen Einschränkung des Ratsgipfels, der aufgrund des verspäteten Abschlusses des G7-Treffens erst am späten

Nachmittag des 24. März beginnen konnte, war bereits im Vorfeld klar, dass nur wenig Zeit für wirtschaftliche Themen, die nicht den Gas- und Ölimport betreffen, bleiben würde.

So ließ die Teilnahme des amerikanischen Präsidenten an allen dreien Brüsseler Gipfeln offensichtlich Hoffnungen auf ein noch engeres transatlantisches Wirtschaftsverhältnis aufleben, was unter anderem Finanzminister Christian Lindner dazu brachte, eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein gemeinsames Freihandelsabkommen ins Spiel zu bringen. Gleichzeitig forderte der EU-Handelskommissar, Valdis Dombrovskis, eine Klarstellung der chinesischen Position zum Ukraine-Krieg und betonte, dies beim EU-China-Gipfel im April thematisieren zu wollen.

Mit Blick auf weitere Sanktionen wurden die unterschiedlichen Sichtweisen der Mitgliedsstaaten deutlich. Wie einige Gipfelteilnehmerinnen und -teilnehmer bereits vor Beginn des Treffens vermutet hatten, wurden daher keine neuen Strafmaßnahmen gegen die Russische Föderation beschlossen.

Weiterhin werden die bereits im Versailler Gipfel zu Beginn des Monats festgelegten Ziele zur Verringerung der strategischen Abhängigkeit in wichtigen industriellen Bereichen bekräftigt.

Den Entschlüssen des landwirtschaftlichen Gipfels vom Mittwoch folgend priorisieren die Mitglieder des Rates zudem die globale Nahrungsmittelsicherheit und Bezahlbarkeit und legen die Unterstützung der Ukraine bei der Lebensmittelversorgung und im landwirtschaftlichen Bereich fest. Dies soll insbesondere durch die von Präsident Macron beworbene FARM-Initiative (*Food and Agricultural Resilience Mission*) erfolgen. Zudem soll ein Solidaritätsfonds zum Wiederaufbau des Landes ins Leben gerufen werden.

Ebenfalls am zweiten Sitzungstag beschäftigten sich die EU-27 im Bereich der Außenbeziehungen der Union vor allem mit China und der Lage in Bosnien und Herzegowina. Mit Blick auf die weiterhin andauernde Corona-Pandemie unterstrichen sie die Notwendigkeit, das koordinierte Handeln fortzusetzen und betonten, dass auf globaler Ebene weitere Schritte zur Prävention und Resilienz unternommen werden müssten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry

Leiter

Europabüro Brüssel

www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen

von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter

gleichen Bedingungen 4.0 international“,

CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)